



Foto: Jürgen Seidel

**Studie zur Liberalisierung des Briefdienstmarktes**

# Eine Branche droht abzurutschen

**Arbeitszeit  
der Postbeamten  
Seite 6 – 7**

**INHALT**

**Titelthema**

**4-5** Studie über Briefdienste – Eine Branche droht abzurutschen

**Postkonzern**

**6-7** Arbeitszeit der Postbeamten – Streikbereitschaft zeigte Wirkung

Tarifverhandlungen bei den Post-Töchtern

**Speditionen**

**8-9** Mehr Rastplätze gefordert

**Postkonzern**

**9** Klarheit für Paket Deutschland

**Aktivitäten**

**10-11** Wir werden fünf

**Service**

**12** Termine

**NACHRICHTEN**

**Airportkonferenz**

Gewerkschafter der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) und der Union Network International (UNI), der Teamsters (USA), von UPOE (Hongkong), der UNI-DOC (Hongkong) und ver.di trafen sich vom 9. bis 12. Januar dieses Jahres in Leipzig zur DHL-Airportkonferenz, um ihre Zusammenarbeit als Interessenvertretungen der Beschäftigten des weltweit tätigen Logistikkonzerns DHL enger zu gestalten.

Sie erläuterten die unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen sie ihre gewerkschaftliche Arbeit umsetzen, ihre Herangehensweise und Erfahrungen. So stellte ver.di die deutsche Mitbestimmung auf Betriebs- und Unternehmensebene vor. Die Vertreter der Teamsters schilderten, wie sie erfolgreich an der Hauptumschlagsbasis (Hub) in Wilmington, USA, Beschäftigte bei DHL sowie die Beschäftigten bei Subunternehmern organisieren. Die Vertreter der UNI berichteten, dass sie in Hongkong in Kürze eine Gewerkschaft für die Beschäftigten von DHL ins Leben rufen werden. Dazu hat die UNI in Hongkong ein Entwicklungs- und Organisationszentrum eingerichtet. Das Zentrum ist Bestandteil eines Projektes, das im Juli vergangenen Jahres mit Unterstützung von ver.di und der Friedrich-Ebert-Stiftung aufgelegt wurde. Die Konferenzteilnehmer riefen nachdrücklich die Deutsche Post World Net (DPWN) auf, ein globales Abkommen zu unterzeichnen, das Gewerkschaftsrechte in all ihren Unternehmen weltweit garantiert.

Thomas Meseke



Foto: Aris Papadopoulos

*ver.di und die PIN Group AG unterzeichneten am 29. Januar eine Erklärung zur Aufnahme von Tarifverhandlungen für die bundesweit 7000 Beschäftigten des Unternehmens. Rolf Büttner, ver.di und Günther Thiel, Vorstandsvorsitzender der PIN Group AG, machten deutlich, „dass zur Sicherung eines chancengleichen und funktionsfähigen Wettbewerbs im Postsektor die Arbeitsbedingungen nach einheitlichen sozialen Mindestanforderungen gestaltet sein müssen.“*

**Präsident der UNI-Welt-Post gewählt**

Rolf Büttner wurde am 14. Dezember 2006 in Brisbane, Australien zum Welt-Post-Präsidenten der Fachberufs- und Dienstleistungs-Internationalen, der UNI, gewählt. Er folgt damit Brian Bauk von der UPW aus Australien, der das Amt aus gesundheitlichen Gründen abgeben hatte.

In der UNI Post – einem Sektor der UNI – sind weltweit 166 Postgewerkschaften mit zwei Millionen Mitgliedern aus 108 Ländern vertreten. Die UNI Post unterhält Regionalbüros in Asien, Mittelamerika, Afrika und für die GUS-Staaten in Russland. *red*

**Frauenkonferenz benennt die Handlungsfelder**

Am 26. und 27. Januar 2007 fand die 2. Bundesfachbereichskonferenz der Frauen statt. Das Schwerpunktthema der Konferenz war die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern. Weiter berieten und beschlossen die von den Landesbezirksfachbereichskonferenzen der Frauen benann-

ten delegierten Kolleginnen Anträge an die im Mai 2007 stattfindende Bundesfachbereichskonferenz, so zur Anerkennung von Elternzeit im § 4 Entgelttarifvertrages der Deutschen Post AG, Einstufung innerhalb der Entgeltstufen, zu diskriminierungsfreien Tarifverträgen im Konzern DPWN und zur Geschlechterquote in der Betriebsratsfreistellung. In Workshops zu den Themen Tarifpolitik/Entgeltgleichheit, Betriebsrätearbeit – Frauen in Betriebsräten und Gleichstellungspolitik im Betrieb benannten die Delegierten die vorrangigen Probleme von Frauen in diesen Handlungsfeldern und legten damit die Basis für das frauenpolitische Arbeits- und Aktionsprogramm des Frauenvorstandes in den nächsten vier Jahren.

Sabine Springinsgut

**Schwerbehinderte wählen ihre Vertreter**

In verschiedenen Unternehmen des Konzerns DPWN wählten die Schwerbehinderten ihre Vertrauenspersonen. So wurden in allen 89 Niederlassungen der Deut-

**IMPRESSUM**  
**bewegen**  
 Nr. 01-02/2007  
 6. Jahrgang  
**Herausgeber:**  
 Vereinte  
 Dienstleistungsgewerkschaft  
**Bundesvorstand:**  
 Frank Bsirske, Rolf Büttner  
**Redaktion:**  
 Dr. Sigrun Schmid (verantwortlich),  
 Gabriele Sander,  
 Dr. Helma Nehrlich  
**E-Mail:**  
 bewegen.psl@verdi.de  
**Online-Ausgabe:**  
 www.verdi-fachbereiche.de  
**Redaktionsanschrift:**  
 ver.di Bundesverwaltung  
 Fachbereich Postdienste,  
 Speditionen und Logistik  
 10112 Berlin  
 Telefon 0 30/69 56-0  
 Fax 0 30/69 56-37 62  
**Erscheinungsweise:**  
 9 Ausgaben pro Jahr  
**Redaktionsschluss:**  
 Heft 03/2007: 21. Februar 2007  
 Heft 04/2007: 27. März 2007  
**Gestaltung + Layout:**  
 Sabrina Stamm (apm AG)  
**Druckauflage:**  
 262 000  
**Herstellung + Druck:**  
 apm AG Darmstadt,  
 Kleyerstraße 3,  
 64295 Darmstadt,  
 www.alpha-print-medien.de



schen Post AG bis Ende November vorigen Jahres die Vertrauenspersonen der Schwerbehinderten gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug über 77 Prozent.

In allen elf Betrieben der Postbank Filialvertrieb AG wurden ebenfalls bis Ende November die Vertrauenspersonen der Schwerbehinderten gewählt. Die Wahlbeteiligung lag bei über 79 Prozent.

Alle Vertrauenspersonen der Schwerbehinderten sind ver.di-Mitglieder.

Diese wählen im März 2007 die Vertrauensperson der Schwerbehinderten für den Konzern.

*Heidi Kloor*

## Tarifabschluss in Hamburg

Für den Speditions- und Logistikbereich in Hamburg wurde ein neuer Lohn- und Gehaltstarifvertrag abgeschlossen. Danach steigen die Löhne und Gehälter ab dem 1. Januar 2007 um 2,5 Prozent. Die Ausbildungsvergütungen für Berufskraftfahrer, Handelsfachpacker und Fachkräfte für Lagerwirtschaft werden um zehn Euro pro Ausbildungsjahr angehoben.

Weiter wurde vereinbart, dass die Bereitschaftszeiten für das Fahrpersonal zu vergütet sind.

Die neuen Tarifregelungen gelten bis zum 30. April nächsten Jahres.

*Klaus-Dieter Wockel*

## Tarifvertrag zur Altersteilzeit bei der DP AG

Am 27. Dezember 2006 wurde der Tarifvertrag zur Altersteilzeit mit der Deutschen Post AG bis zum 31. März 2008 verlängert.

ver.di hatte gefordert, den Tarifvertrag bis zum 31. Dezember 2009 zu verlängern und die Altersteilzeit von fünf auf acht Jahre auszuweiten, damit auch die Jahrgänge bis 1954 unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fallen.

Diese Forderung war zu diesem Zeitpunkt nicht durchzusetzen.

Im Tarifvertrag wurde nun der Aufstockungsbetrag in Höhe von 89 Prozent festgeschrieben und auch die Zuschlags- und Zulagenregelungen abschließend geregelt.

Die Regelungen treten zum 1. Januar 2007 in Kraft. Der

Tarifvertrag wirkt nicht nach.

Mit dem Tarifvertrag wurde erreicht, dass weitere Verhandlungen zur Altersteilzeit – auf Grundlage von bestehenden tarifvertraglichen Regelungen – geführt werden können. Weiter besteht Einvernehmen darüber, in diesem Jahr über die Einbeziehung der Jahrgänge bis 1954 Gespräche zu führen und gegebenenfalls die Verhandlungen aufzunehmen.

*Klaus-Dieter Wockel*

## Tarifvertrag zur Altersvorsorge bei Schenker

ver.di schloss mit der Firma Schenker AG am 5. Januar dieses Jahres einen Haustarifvertrag zur Förderung der arbeitnehmerfinanzierten Altersvorsorge ab.

Mit diesem Tarifvertrag wird den Beschäftigten ein weiterer Baustein der privaten Vorsorge angeboten. Nunmehr ist es auch möglich, vermögenswirksame Leistungen in die im Tarifvertrag vorgesehenen Durchführungswege der kapitalgedeckten Altersvorsorge zu verwenden. Dabei werden

die vermögenswirksamen Leistungen in einen Förderbeitrag des Arbeitgebers umgewandelt. Die gesetzlichen Fördermöglichkeiten können damit optimal genutzt werden. Sichergestellt ist damit auch, dass der Förderbeitrag auch nach dem 31. Dezember 2008 steuer- und sozialversicherungsfrei bleibt.

*Klaus-Dieter Wockel*

## Personalien

Andreas Wiedemann (46) ist seit dem 15. Dezember vorigen Jahres Fachbereichsleiter Postdienste, Speditionen und Logistik im ver.di-Landesbezirk Südost, der die Landesbezirke Sachsen,

Sachsen-Anhalt und Thüringen umfasst.

Bis zu seinem Wechsel in den Landesbezirk war Andreas Wiedemann Geschäftsführer für den ver.di-Bezirk Sachsen-Anhalt-Nord in Magdeburg. Er tritt die Nachfolge von Heidrun Bekkert an.



Foto: privat

*red*

ANZEIGE

**Urlaubsreisen mit Mehrwert!**  
Jetzt direkt buchen und  
**10 % ver.di-Rabatt abziehen!**



Weitere Angebote unter:  
**www.ruefa-reisen.de**



**Schlemmertage**  
am Kaiserstuhl

**nur 149,-**  
für ver.di  
Mitglieder

### Hotel Bräutigam

Lage: direkt im Ortszentrum. Ausstattung: Rezeption, Bar, Restaurant mit Spezialitäten-Küche, Sonnenterrasse und Parkplatz. Zimmer: alle mit Bad oder Dusche/WC, Sat-TV, Telefon, Minibar und Radio.

### Inklusivleistungen:

- 3 bzw. 4 x Übernachtung im Hotel Bräutigam
- 3 bzw. 4 x Frühstücksbuffet
- 3 bzw. 4 x Abendessen
- 1 x 1 Glas Ihringer Winzersekt
- 1 x Besuch der Winzergenossenschaft Ihringen inkl. Führung und kleiner Weinprobe
- 1 x 1 Flasche Mineralwasser bei Anreise auf dem Zimmer
- 1 x kleiner Obstkorb bei Anreise auf dem Zimmer
- Alle Steuern und Abgaben, Kur- bzw. Ortstaxe
- Reisepreissicherungsschein

### Kinderermäßigung:

Bei 2 Vollzahlern im Zimmer sind Kinder bis Ende 11 Jahre gratis, Kinder bis Ende 15 Jahre erhalten eine Ermäßigung von 50 %.

### Reiseziel:

Ihringen, besser bekannt als das wärmste Dorf Deutschlands, ist von Weinbergen umgeben. Diese idyllische Landschaft lädt zu ausgiebigen Spaziergängen in den Weinbergterrassen mit einzigartigem Panorama auf Rhein, Rheintal, Vogesen und Schwarzwald. Der 553 m hohe Kaiserstuhl, ein Mittelgebirge mit vulkanischem Ursprung, verfügt durch das hier herrschende mediterrane Klima über eine große Fülle an exotischer Flora und Fauna.

### Preise pro Person für 3 bzw. 4 Nächte.

#### Anreisetage: DO und SO.

Termine	Nur für ver.di Mitglieder	
	Doppeltz.	Einzelz.
12.04. - 01.11.07	€ 165,-	€ 193,-
	Doppeltz.	Einzelz.
	€ 149,-	€ 174,-

**Buchungszentrale 01805-0051 71**

(Euro 0,12 pro Minute aus dem Festnetz der dt. Telekom, Täglich 8 - 20 Uhr). Es gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen des Veranstalters RUEFA REISEN Direktbuchung GmbH. Änderungen, Druckfehler und Verfügbarkeiten vorbehalten.

## Studie zur Liberalisierung des Briefdienstmarktes

# Eine Branche droht abzurutschen

**Die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der neuen Briefdienstleister sind dramatisch. Politische Konsequenzen sind dringend erforderlich. Das ist das Fazit, das ver.di zehn Jahre nach Verabschiedung des Postgesetzes und ein Jahr vor der geplanten vollständigen Liberalisierung des Briefmarktes in Deutschland zieht.**



Foto: Aris Papadopoulos

Auf der Pressekonferenz am 26. Januar 2007 in Berlin stellte ver.di die von ihr an die Input Consulting GmbH in Auftrag gegebene Studie zur „Liberalisierung und Prekarisierung – Beschäftigungsbedingungen bei den neuen Briefdienstleistern in Deutschland“ der Öffentlichkeit vor.

## Quantitative Aspekte der neuen Arbeitsverhältnisse

Die Liberalisierung des Briefmarktes in Deutschland barg die Hoffnung, dass mehr Arbeitsplätze entstehen. Tatsächlich sind bei den neu am Markt angetretenen Anbietern Arbeitsplätze entstanden: Nach Marktbeobachtungsdaten der Regulierungsbehörde waren 2004 mehr als 34 000 Arbeitnehmer bei rund 950 aktiven Lizenznehmern beschäftigt. Ausgehend von 17 650 Beschäftigten im Jahr 1999 hat sich deren Zahl damit fast verdoppelt. Rechnet man allerdings die Arbeitsplatzeinbußen in der Briefsparte der Deutschen Post dagegen, so ist die Zahl der Arbeitsplätze von 1999 bis 2004 um 6,2 Prozent oder 12 148 Stellen zurückgegangen.

## Qualität der neuen Arbeitsverhältnisse

Bei der Beurteilung der Qualität der bei den neuen Briefdienstleistern entstandenen Arbeitsplätze ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass die Lizenznehmer mehrheitlich ein Geschäftsmodell verfolgen, das vornehmlich auf den Kostenvorteilen prekärer Beschäftigung basiert. Das zeigen nachfolgende Fakten.

- Sozialversicherungspflichtige, langfristig angelegte Arbeitsverhältnisse sind bei den Lizenznehmern zu einem weitgehend atypischen Muster geworden. Mit einem Minijob-Anteil von 62,3 Prozent im Jahr 2004 und weiter Verbreitung befristeter Arbeitsverträge dominieren Beschäftigungsformen, die durch Unsicherheit, Instabilität und Abhängigkeit charakterisiert sind. Während sich die neuen Dienstleister zu annähernd zwei Dritteln auf geringfügige Beschäftigung abstützen, operiert die Deutsche Post in diesem Bereich fast vollständig mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.
- Der durchschnittliche Stundenlohn, der von den neuen Briefdienstleistern

an ihre Beschäftigten bezahlt wird, beträgt in Westdeutschland sieben Euro und in Ostdeutschland 5,90 Euro. Die bei den Lizenznehmern im Durchschnitt erzielbaren Entgelte liegen in Westdeutschland um 40,9 Prozent und in Ostdeutschland um 50,2 Prozent unter dem Einstiegsgehalt für Zustellkräfte bei der Deutschen Post AG.

- Die von den neuen Briefdienstleistern im Durchschnitt bezahlten Löhne sind zudem als nicht existenzsichernd einzustufen. Sie fallen für Westdeutschland um elf Prozent und für Ostdeutschland um 16,7 Prozent geringer aus als ein Arbeitseinkommen, mit dem sich der Mindestbedarf nach den Bestimmungen des Sozialgesetzbuches II decken lässt. Relevante Teile der bei den neuen Briefdienstleistern Beschäftigten erfüllen selbst im Falle einer Vollzeitbeschäftigung die Kriterien der Hilfebedürftigkeit nach SGB II und haben Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld.

- Nur 3,5 Prozent aller betriebsratsfähigen Unternehmen in diesem Bereich verfügen tatsächlich auch über eine betriebliche Interessenvertretung. Dies liegt nicht zuletzt am vielfach massiven Widerstand der Geschäftsleitungen gegen ein solches Gremium. Auch die Regulierung von Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge ist bei den neuen Briefdienstleistern bis dato faktisch nicht existent. Im Ergebnis fehlt es den Arbeitnehmern bei den neuen Briefdienstleistern in ihrer großen Mehrheit an der Möglichkeit, ihre beruflichen Interessen durch Nutzung institutionell gesicherter Partizipationschancen zu vertreten oder ihre Arbeitsbedingungen mittels kollektiver Einflussnahme zu gestalten.

## Postpolitik steht vor wichtiger Entscheidung

Der Entwurf zur Europäischen Postdienste-Richtlinie befindet sich im Diskussionsprozess. Die Richtlinie benötigt die Zustimmung vom Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament. Die ersten Beratungstermine finden noch im ersten Halbjahr dieses Jahres statt. Somit steht die Postpolitik im Jahr 2007 sowohl auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene vor wichtigen

Weichenstellungen. Bei deren Vorbereitung hat die Frage der politisch Verantwortlichen nach der Beschäftigungsqualität im Briefmarkt bisher eine eher untergeordnete Rolle gespielt.

ver.di will die anstehenden Entscheidungen zur Zukunft des Briefmarktes und seiner Beschäftigten beeinflussen. Denn wird der Markt weiter und endgültig geöffnet und die Liberalisierung nicht durch geeignete Maßnahmen sozial flankiert, so wird sich die Prekarisierung ungebremst fortsetzen. Und das beträfe nicht die Beschäftigten der neuen Briefdienstleister allein. Auch die bislang tarifvertraglich gesicherten Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Deutschen Post kämen damit zunehmend unter Druck. Eine ganze Branche mit rund 200 000 Beschäftigten droht dann abzurutschen.

## ver.di wird aktiv

Damit das nicht geschieht, fordert ver.di von den politisch Verantwortlichen, dass die weitere Liberalisierung des Briefmarktes nur bei gleichzeitiger Sicherung sozialer Standards fortgeführt wird.

Mit dem Parteivorsitzenden der SPD sowie dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion wird ver.di in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe Schlussfolgerungen aus der bisherigen Entwicklung der Liberalisierung ziehen und politische Maßnahmen verabreden (siehe *bewegen* Ausgabe 10/2006). Ebenso werden mit den Abgeordneten in den Wahlkreisen Gespräche geführt. Die Ergebnisse der Studie werden dabei eine fundierte Basis bilden.

Die Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde muss an ihre gesetzliche Verpflichtung erinnert werden, die Lizenzen von der Einhaltung branchenüblicher Arbeitsbedingungen abhängig zu machen. Auch bereits erteilte Lizenzen müssen überprüft werden.

Die Kunden von Postdienstleistern fordert ver.di auf, ihre Auftragsvergabe davon abhängig zu machen, dass der beauftragte Briefdienstleister sozialversicherungspflichtige und tariflich geschützte Arbeitsplätze anbietet. Und von der öffentlichen Hand fordert ver.di, Tariftreueklauseln in die Ausschreibungen aufzunehmen.

Die Liberalisierung und Prekarisierung soll auch auf Betriebsversammlungen in Postunternehmen Schwerpunktthema sein, um die Beschäftigten zu informieren und zu mobilisieren.

gsa

## Pressestimmen

dpa, 26. Januar 2007

### Arbeit/Soziales/Niedriglohn/ Studie: „Armutslöhne“ im privaten Briefsektor besonders verbreitet

... Bei den knapp 1000 Anbietern von privaten Briefdienstleistungen in Deutschland sind nach einer neuen Studie „Armutslöhne“ besonders verbreitet. Der durchschnittliche Stundenlohn für die rund 35 000 Beschäftigten in der Branche liege bei 7 Euro im Westen und bei 5,90 Euro im Osten, hieß es in der am Freitag in Berlin vorgestellten Untersuchung des Stuttgarter Unternehmens Input Consulting für die Gewerkschaft ver.di. In Einzelfällen würden sogar Grundlöhne von 4 Euro pro Stunde bezahlt ... Die bislang tarifvertraglich gesicherten Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Deutschen Post kämen damit zunehmend unter Druck. ... Die Dienstleistungsgewerkschaft kündigte deswegen größere Aktionen an.

Frankfurter Rundschau, 27. Januar 2007

### ver.di kündigt Widerstand gegen neue Briefdienste an

Das zunehmende Lohndumping und schlechte Arbeitsbedingungen bei neuen Briefdiensten in Deutschland lassen bei der Gewerkschaft die Alarmglocken schrillen. ... Eine aktuelle Studie der Stuttgarter Beratungsgesellschaft Input nennt erstmals Fakten über die Branche. ... Die Gewerkschaft kündigt Widerstand gegen diese Missstände in einem Wirtschaftszweig mit mehr als 180 000 Beschäftigten an und will erreichen, dass der Briefmarkt nur weiter liberalisiert wird, wenn gleichzeitig soziale Mindeststandards garantiert sind.

Süddeutsche Zeitung, 27. Januar 2007

### Schwere Brieftaschen, aber fast nichts in der Lohntüte

Ein knappes Jahr vor der vollständigen Liberalisierung des deutschen Briefmarktes hat der Wettbewerb zwischen den knapp 1000 aktiven Konkurrenten der Deutschen Post immer härtere Folgen für die Beschäftigten der Briefdienstleister.... Die ge-

samte Branche mit ihren derzeit 200 000 Beschäftigten werde zunehmend von ungeschützten Arbeitsverhältnissen und Billigjobs geprägt. Mit der Liberalisierung des Briefmarktes, die alles andere als eine „Erfolgsgeschichte“ sei, gehe eine schnelle „Prekarisierung“ der Briefdienstleister einher. ... ver.di ... stützt seine Aussagen auf eine Untersuchung der Stuttgarter Kommunikations-Beratungsgesellschaft Input Consulting GmbH zu den Beschäftigungsbedingungen bei den neuen deutschen Briefdienstleistern, darunter PIN Group, Jurex oder die deutsche Tochter des Logistik-Konzerns TNT.

taz, 27. Januar 2007

### Briefträger mit Armutslöhnen

... Um diese Entwicklung in der Branche mit rund 200 000 Beschäftigten zu stoppen, fordert ver.di einen Mindestlohn von 7,50 Euro. Zudem sollte die weitere Liberalisierung des Briefsektors von der Sicherung sozialer Standards abhängig gemacht werden. Die Bundesnetzagentur sei als Regulierungsbehörde aufgefordert, die Lizenzverteilung an die Arbeitsbedingungen zu koppeln. Auch öffentliche Einrichtungen sollten ihre oft großen Aufträge von Tarifen und sozialen Standards abhängig machen.

Der Tagesspiegel, 27. Januar 2007

### Ein-Euro-Jobs kosten Arbeitsplätze

Vor zehn Jahren beschloss der Bundestag die vollständige Liberalisierung des Briefmarktes bis 2008. Eine Hoffnung dabei: mehr Arbeitsplätze. Eine Untersuchung der Beratungsgesellschaft Input Consulting im Auftrag der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zeigt, dass sie sich nicht erfüllt hat. Heute gibt es mehr als 1000 private Briefzusteller, bei denen etwa 34 000 Menschen arbeiten. Allein zwischen 1999 und 2004 entstanden rund 17 000 neue Jobs. Doch gleichzeitig gingen bei der Post 29 000 Arbeitsplätze verloren. Somit gibt es in der Branche heute 12 000 Jobs weniger als vor Beginn der Liberalisierung. Charakteristisch für die neuen Arbeitsverhältnisse: Die Menschen verdienen wenig, sind betrieblich nicht organisiert und haben kaum arbeitsvertragliche Sicherheit.

# Streikbereitschaft zeigt Wirkung

## Wochenarbeitszeit der Postbeamten für sechs Monate fortgeschrieben

Foto: C. von Polentz



Der Konflikt um die Wochenarbeitszeit der 60 000 Beamten bei der Deutschen Post AG (DP AG) hatte sich Ende 2006 zugespitzt.

Streik wurde immer wahrscheinlicher. Wenn die

Arbeitszeit zu Beginn 2007 auf 41 Stunden erhöht worden wäre – wie es nach Auslaufen der Post-Arbeitszeitverordnung zum 31. Dezember 2006 zu befürchten war – sahen ver.di, die Beschäftigten und ihre Interessenvertreter 5000 Arbeitsplätze in Gefahr und fürchteten erhöhten Druck auf das Tarifpersonal. Deshalb hatte ver.di die Arbeitszeitbestimmungen im Manteltarifvertrag der DP AG gekündigt, um die Arbeitsplätze auch über eine Arbeitszeitverkürzung der Tarifbeschäftigten sichern zu können. Doch am 23. Dezember bewegten sich die Arbeitgeber, die Arbeitszeitverordnung wurde überraschend um sechs Monate verlängert. Zur Situation sprachen wir mit Rolf Büttner, stellvertretender ver.di-Vorsitzender und Fachbereichsleiter Postdienste, Speditionen und Logistik.

**bewegen** | *Der Vorstand der DP AG fuhr wochenlang einen scharfen Konfrontationskurs gegen die Forderung von ver.di, die bisherigen Arbeitszeitregelungen beizubehalten. Wieso hat die Post kurz vor Weihnachten doch noch eingelenkt?*

**Rolf Büttner** | Die Postarbeitgeber wollten die Wochenarbeitszeit für Beamte einseitig über eine Verordnung des Bundesfinanzministers von 38,5 auf 41 Stunden verlängern. Das hat den Protest unserer Mitglieder hervorgerufen, sowohl der Beamten, die keine Arbeitszeitverlängerung wollen, als auch der Tarifbeschäftigten, die genau wissen, dass eine solche Regelung früher oder später auch für sie eingeführt würde. Deshalb haben wir deutlich gemacht: Es geht jetzt um 5000 Arbeitsplätze bei einer Wochenarbeitszeiterhöhung bei den Beamten. Und wenn

dann auch noch die Arbeitszeit bei den Tarifkräften erhöht werden sollte, wären weitere 10 000, also insgesamt 15 000, Arbeitsplätze betroffen.

Wir haben keinen Zweifel daran gelassen, dass wir ab Januar mit einem großen Streik reagiert hätten – einem Poststreik, wie ihn Deutschland bisher noch nie gesehen hat.

Die Kollegen haben bereits im Dezember mit vielen Aktionen gezeigt, dass sie hinter den Forderungen ihrer Gewerkschaft stehen. ver.di hat die Mitglieder mit Flugblattaktionen und Briefen für Aktionen mobilisiert. Die Streikvorbereitungen durch die örtlichen Arbeitskämpfleitungen waren abgeschlossen. Das hat die Arbeitgeber schließlich beeindruckt. Sie haben unmittelbar vor den Feiertagen ein Gespräch gesucht und erklärt, dass sie eine Lösung am Verhandlungstisch anstreben.

**bewegen** | *Was wurde in diesem Gespräch vereinbart?*

**Rolf Büttner** | Zunächst hat die Arbeitgeberseite angeboten, die verlängerte Arbeitszeit für die Beamten einfach nicht anwenden zu wollen. Wir haben aber darauf bestanden, dass die Arbeitszeitverordnung für Beamte wieder in Kraft gesetzt werden muss, bevor Verhandlungen beginnen können. Das wurde akzeptiert. ver.di hat daraufhin erklärt, bereit zu sein, innerhalb von sechs Monaten ein Ergebnis auszuhandeln. Die gekündigten Bestimmungen zur Arbeitszeit im Manteltarifvertrag wurden unverändert wieder in Kraft gesetzt. Wir haben aber darauf bestanden, dass wir diese Arbeitszeitregelungen der Tarifkräfte mit einer Frist von 14 Tagen kündigen können, damit notfalls auf diesem Wege neuerlich Druck gemacht werden kann.

**bewegen** | *Der Bundesfinanzminister verantwortet die Post-Arbeitszeitverordnung, die Politik ist schon deshalb direkt im Boot. Hat ver.di mit dem Ministerium Kontakt gehabt?*

**Rolf Büttner** | Wir haben im Oktober den Bundesfinanzminister schriftlich daran erinnert, dass die Verordnung ausläuft und ihn aufgefordert, sie zu

verlängern. Das könnte er Kraft seines Amtes sogar gegen das Votum des Unternehmens tun. Das Ministerium aber erklärte, dass es eine Gleichbehandlung der Beamten der Post mit den Bundesbeamten bei einer Arbeitszeit von 41 Stunden befürwortet. Bei dieser Argumentation bleibt völlig außer Acht, dass bei der Post durch das Postpersonalrechtsgesetz eigene Gestaltungsmöglichkeiten auch für die Arbeitszeit gegeben sind. Ziel des Gesetzgebers ist dabei, dass die Arbeitszeit der Bundesbeamten bei der Post der betriebsüblichen Arbeitszeit entspricht. Und das sind 38,5 Stunden. Die Beschäftigten in den Postfabriken und in der Zustellung sind in feste Arbeitszeitpläne eingebunden. Unterschiedliche Arbeitszeiten von Beamten und Tarifbeschäftigten sind ohne Störung des Betriebsablaufes gar nicht möglich. Das ist ganz anders als in einer beliebigen Verwaltung. Das haben wir dem Ministerium deutlich gemacht.

**bewegen** | *Wurden darüber hinaus Kontakte zur Politik gesucht?*

**Rolf Büttner** | Ja, auf zentraler Ebene und durch die Landesbezirksfachbereiche gab es viele Kontakte mit Bundestagsabgeordneten, speziell aus der SPD-Fraktion. Nachdem nun eine Verhandlungslösung innerhalb des nächsten halben Jahres angestrebt wird, gab es erneut Gespräche mit der SPD-Bundestagsfraktion, bei denen wir Unterstützung und Solidarität für unsere Forderungen angemahnt haben. Auch zu anderen politischen Entscheidungsträgern haben wir einen engen informativen Draht geknüpft. Zunächst warten jedoch alle die Verhandlungen mit den Arbeitgebern ab.

**bewegen** | *Wie geht es jetzt weiter?*

**Rolf Büttner** | Wir werden in Kürze Verhandlungen zur Arbeitszeit der Beamten aufnehmen. Unsere Position steht in einer Frage felsenfest: An 38,5 Stunden Wochenarbeitszeit für die Postbeamten ist nicht zu rütteln. Das heißt auch: Es bleibt bei einer einheitlichen Arbeitszeit für alle Beschäftigten, egal ob Beamte oder Tarifpersonal. Jede Arbeitszeitverlängerung wäre absolut

kontraproduktiv in der Beschäftigungswirkung. Bekanntlich laufen zum 31. März 2008 die Tarifverträge aus, die betriebsbedingte Beendigungskündigungen bei der Deutschen Post AG ausschließen.

**bewegen** | *ver.di ist also verhandlungsbereit. Was aber, wenn es bis Ende Juni zu keiner Einigung kommt?*

**Rolf Büttner** | Dann können die Arbeitgeber davon ausgehen, dass bei uns alles wieder in die Startpositionen geht. Wir sind vorbereitet. Wir werden das Feld auch sechs Monate später nicht kampflos räumen. Deshalb setze ich auf die Vernunft der Gegenseite, mit der Gewerkschaft eine faire Lösung zu finden. Ich appelliere an die Arbeitgeber, in ihrer Verhandlungsstrategie nicht auf Konfrontation, sondern auf Kooperation zu setzen. An der Entschlossenheit unserer Mitglieder gibt es keinen Zweifel. neh

## Start der Tarifverhandlungen bei den Töchtern der DPWN


Die betrieblichen Interessenvertreter der Beschäftigten der DP IT Solutions, der DHL Express Vertriebs GmbH & Co. OHG, der DHL Verwaltungs GmbH, der DHL Express Betriebs GmbH und der vier Deutschen Post Immobiliengesellschaften kamen am 31. Januar zur tarifpolitischen Konferenz von ver.di zusammen. Sie unterstützten nachdrücklich die Forderung von ver.di, die Einkommen um 5,5 Prozent zu erhöhen.

Am 28. Dezember 2006 hatte die Tarifkommission für die vier Deutschen Post Immobiliengesellschaften sowie die DHL Verwaltungs GmbH, DHL Express Vertriebs GmbH & Co. OHG und Deutsche Post IT Solutions beschlossen, die Entgelttarifverträge zu kündigen. Sie fordert eine Erhöhung der Einkommen der Arbeitnehmer von 5,5 Prozent, bei einer zwölfmonatigen Laufzeit. Der Tarifvertrag der DHL Express Betriebs GmbH läuft noch bis zum 30. März dieses Jahres.

Die Tarifverhandlungen wurden am 24. Januar für die vier Immobiliengesellschaften und am 25. Januar für die DHL Verwaltung und DHL Express Vertrieb in Bonn aufgenommen. In der ersten Verhandlungsrunde begründete ver.di die Forderung mit der im Herbstgutachten aufgestellten Wirtschaftsprognose, mit einem Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent, einer Zunahme der Produktivität von 1,4 Prozent und der zur erwartenden Inflationsrate von 2,3 Prozent. Das ergibt einen verteilungsneutralen Spielraum von 3,7 Prozent. Das Konzernergebnis der DPWN belegt, dass die geforderte Entgelt-erhöhung von 5,5 Prozent im Bereich des finanziell Machbaren liegt. Während zu den prognostizierten Daten noch weitgehend Einigkeit mit der Arbeitgeberseite bestand, klafften bei der Bewertung der Daten für die Höhe der Forderung und der Finanzierbarkeit durch die Unternehmen die Meinungen weit auseinander. Die Arbeitgeber bezeichneten die Forderung als überzogen. Ein konkretes Angebot gaben sie nicht ab. Die Tarifverhandlungen werden Ende Februar fortgeführt.

Die Teilnehmer der tarifpolitischen Konferenz betonten, dass sie eine deutliche Erhöhung der Reallöhne erwarten. Der Schulterchluss zwischen den Beschäftigten aller Gesellschaften zeigt den Willen, die Forderung gemeinsam durchzusetzen. Für die zweite Verhandlungsrunde erwarten sie ein verhandlungsfähiges Angebot der Arbeitgeber. Hermann Völlings

ANZEIGE



**Wer Menschen verbindet, darf bei der eigenen Vorsorge auch auf gute Verbindungen setzen.**

Die VPV, seit über 175 Jahren dem Berufsumfeld der Post verbunden, bietet Ihnen jetzt eine neue Form der Sicherheit. **Die VPV Sorglos-Rente.** Eine lebenslange, private Rente, die so flexibel ist wie Ihre Wünsche. Machen Sie jetzt den Vorsorge-Check! Termin vereinbaren unter: 0 18 03 / 45 55 34 38\* oder [www.vpv-sorglos-rente.de](http://www.vpv-sorglos-rente.de). **SO VIEL IST SICHER. IHRE ZUKUNFT.** \*(0,09 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com)

**VPV**  
Der Vorsorgeberater des öffentlichen Dienstes seit 1827

# Mehr Rastplätze gefordert

## Expertenrunde diskutierte mit Berufskraftfahrern zur Parkplatzsituation

**Runder Tisch im Autohof Uhrsleben an der A 2 nahe Magdeburg. Auf Einladung der Zeitschrift „Fernfahrer“ kamen Experten zusammen, um über die Parkplatznot für Lkw in Deutschland zu diskutieren. Mit dabei waren Lkw-Fahrer aus verschiedenen Regionen Deutschlands, Stephan Teuscher und Frank Günther von ver.di, Helmuth Markov, seit 1999 Mitglied im Verkehrsausschuss des EU-Parlaments in Brüssel, Beamte der Autobahnpolizei Börde und Frank Schmid, VEDA-Verkehrsexperte sowie die Autohofbetreiber.**



Foto: Aris Papadopoulou

„Ganz sicher finden wir ab 19 Uhr an der Autobahn keinen Parkplatz mehr. Und wie sehen viele Rastanlagen aus? Wir müssen ganz vorn an der Trasse parken, man kriegt die ganze Nacht keine richtige Ruhe. In Frankreich stehen die Pkw vorn. Die Lkw-Fahrer hinten können dann wenigstens einigermaßen schlafen...“ Michael Pohl, Lkw-Fahrer aus Obernkirchen machte seiner Unzufriedenheit Luft, ergänzt von seinem Kollegen Markus Peters aus Minden: „Die Lkw parken überall in den Ausfahrten. Was soll man machen? Wenn man weiterfährt, überschreitet man womöglich die Lenkzeit“.

### 9000 Parkplätze fehlen

Die Fachleute gaben den Fahrern Recht. 9000 Parkplätze für Lkw fehlen in

Deutschland. Ein Vorstoß der VEDA, der Vereinigung Deutscher Autohöfe, zügig 7000 neue Parkplätze zu bauen, wenn dafür zinsgünstige Kredite bereitgestellt werden, sei bisher im Sande verlaufen, so Frank Schmid. So seien 80 Prozent der Parkplätze nach dem alten Planungsverfahren gestaltet.

Allein auf der A 2, so Johannes Stoye von der Autobahnpolizei, habe die Zahl der Lkw von 6,6 Millionen im Jahr 2004 – das entspricht einem Verkehrsaufkommen von 17 000 Lkw pro Tag – auf über sieben Millionen Lkw im Vorjahr zugenommen. Obwohl hier, im Gegensatz zur A 14, wenigstens investiert werde, sei die „Situation nicht verkehrsgerecht“, bemängelte der Ordnungshüter. Auch die Zahl der Diebstähle steige, besonders auf Kleinparkplätzen würden mehrmals im Monat hunderte Liter Die-

sel oder auch die Reifen gestohlen. Täglich gäbe es Übergriffe auf das Fahrpersonal.

### Der Stellplatz ist Teil des Arbeitsplatzes

Man kenne die Situation und habe das auch in der neuen Verordnung zu den Lenk- und Ruhezeiten berücksichtigt, die dreimal pro Woche eine 30-Minuten-Überschreitung zur Parkplatzsuche zulasse, machte Dr. Helmuth Markov deutlich. Gegenwärtig gehören die Rast- und Parkplätze in der EU nicht zum Bereich Verkehrssicherheit oder des Gesundheitsschutzes, sondern zum Verkehr und befänden sich deshalb nicht nur in nationaler, sondern in Deutschland zudem in der Hoheit der 16 Bundesländer, so Markov. „Wenn wir das Problem in den Gesundheits- und Arbeitsschutz reinkriegen, dann haben wir eine Chance, es genauso wie die Ruhe- und Lenkzeiten (in der EU) einheitlich zu regeln. Und dann wären wir schon ein ganzes Stück weiter.“ Einheitliche Standards selbst seien schwer durchzusetzen. Darum ringe man jedoch bei der neuen Infrastrukturverordnung mit der Europäischen Kommission. Diese Verordnung sei bisher nur für transeuropäische Netze geplant, sehe aber ein einheitliches Schema und gleiche Sicherheitsstandards für den Neu- und Umbau von Rastplätzen vor. Markov setzte sich dafür ein, sie generell auf Autobahnen und Landstraßen auszudehnen.

Dass ein Fahrer zum Parken auch nur drei Kilometer nach rechts oder links ausweicht, könne man sich weder aus ökonomischen Gründen noch wegen der Lenkzeitüberschreitung leisten, so der Tenor der Fahrer.

### Der Organisationsgrad ist entscheidend

Die Einführung des digitalen Tachografen im Vorjahr und das Inkrafttreten der neuen Lenk- und Ruhezeitenverordnung im April 2007 seien ein „richtiger Schritt“, betonte Stephan Teuscher, Leiter Tarifpolitik, Beamte und Sozialpolitik im ver.di-Bundesfachbereich. Dank um-



fangreicher Datensammlung werde es leichter, die Fahrer vor unzulässigem Wettbewerbsdruck zu schützen und Missbrauch vorzubeugen. Auch der „Stellplatz ist Teil des Arbeitsplatzes der Kraftfahrer“, die Einhaltung gesetzlicher und tarifvertraglicher Standards sei wichtig. Überhaupt gehörten die Fahrer mehr in den Mittelpunkt des Interesses, forderte Frank Günther, Gewerkschaftssekretär in Thüringen. Der ver.di-Landesbezirksfachbereich Südost, der Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen umfasst, habe sämtliche Parkplätze und Rastanlagen der Region untersucht. „Am schlechtesten schnitten die ab, die sich im Neubau befinden“, kritisierte Günther. Die Ergebnisse wurden in einer Präsentation zusammengestellt und im Internet unter [http://psl.thueringen.verdi.de/speditionen\\_logistik/wilder\\_osten/2005/itf-wo](http://psl.thueringen.verdi.de/speditionen_logistik/wilder_osten/2005/itf-wo) veröffentlicht. Von den für die Regionen zuständigen Ministerien, denen ver.di die Präsentation zugesandt habe, sei nicht einmal eine Eingangsbestätigung zurückbekommen, beklagte er. „Die Leute, die das verbockt haben, sollte man mal eine Woche auf so einem Rastplatz schlafen lassen“, empörten sich Fahrer.

Ihre Kraft zu erkennen, sich besser zu organisieren und eine Lobby im eigenen Interesse zu bilden, gaben Stephan Teuscher und Frank Günther den Fahrern mit auf den Weg, als die Debatte zu Fragen zum Tarifgefüge und zu der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn geführt wurde. neh

Die Europäische Transportarbeiter Föderation (ETF) und die International Road Union (IRU), die Vereinigung der Arbeitgeberverbände, legten im März 2006 eine Liste von Kriterien vor, die von „sicheren und zivilisierten“ Rastanlagen in EU-Mitgliedsstaaten zu erfüllen sind.

Die Gewerkschaften fordern, insgesamt mehr Rastanlagen für Berufskraftfahrer bereitzustellen und sie hinsichtlich ihrer Größe, mit Notrufsäulen, Piktogrammen, sanitären Einrichtungen und Beleuchtung einheitlich auszustatten. Es müsse eine Ein- und Ausfahrt nur für Berufskraftfahrer geben. Je nach Rastanlagenklasse seien Zusatzeinrichtungen wie Sicherheitsüberwachung, Supermarkt, Geldautomat verbindlich oder empfehlend vorzuschreiben.



Foto: Aris Papadopoulos

## Paketdienst der Deutschen Post AG

# Klarheit geschaffen

Angekündigt war die Entscheidung zur Zukunft des Paketdienstes bei der Post für Oktober 2006. Nun ist sie im Dezember gefallen. Der Vorstand hat entschieden, den Bereich „Paket Deutschland“ in den Unternehmensbereich Brief zu integrieren oder, im Klartext, den Paketbereich mit dem Briefbereich (wieder) zusammenzulegen. Das heißt, was vor zehn Jahren getrennt wurde, wird nun wieder vereinigt.

### Fremdvergabe ist vom Tisch

Das heißt aber auch, dass alle Gedankenspiele, die darauf abzielten, die Paketzustellung komplett fremd zu vergeben, um diesen Bereich wirtschaftlicher zu machen, damit vom Tisch sind.

ver.di hat in allen Gesprächen zur Situation des Bereiches Paket Deutschland nahezu gebetsmühlenartig angekündigt, dass der Weg der totalen Fremdvergabe der Paketzustellung erbittertsten Widerstand hervorrufen würde. Hier konnte sich ver.di durchsetzen. Dieser Weg wird nicht gegangen.

Auch haben wir nachhaltig erklärt, dass es mit ver.di keinen weiteren Sanierungsfall im Paketbereich geben wird, bei dem alle Beschäftigten der Post AG zur Kasse gebeten werden und Einbußen durch Verschlechterungen von Tarifverträgen hinnehmen müssen. Denn letztendlich sind zu einem Großteil die Managementfehler der Vergangenheit – vor denen ver.di immer wieder gewarnt hat – mit ausschlaggebend für die schlechte wirtschaftliche Situation dieses Bereiches. Auch hier konnte

ver.di sich durchsetzen, es wird zu keinen materiellen Eingriffen in Tarifverträge kommen!

Der Weg der nun stattfindenden Integration bedeutet, dass die 13 Niederlassungen Express ihre Selbstständigkeit verlieren und auf die 49 bestehenden Briefniederlassungen aufgeteilt werden. Die Auswirkungen werden in erster Linie in den Führungsebenen spürbar und weniger bei den betrieblichen Tätigkeiten. Allerdings bedeutet die Integration in den Bereich Brief, dass es Einschnitte in Mitbestimmungsstrukturen geben wird. Die erst im Mai vergangenen Jahres gewählten 13 Betriebsratsgremien der Niederlassungen Express verlieren mit der Überführung in den Briefbereich ihre gesetzliche Grundlage und werden deshalb aufgelöst.

ver.di hat sich bereit erklärt, in Verhandlungen mit der Post einzutreten. Unser vorrangiges Ziel dabei ist es, um Lösungen zu ringen, die einerseits alle von der Maßnahme betroffenen Beschäftigten vor Eingriffen in erworbene Besitz- und Rechtsstände schützen und ihnen eine Perspektive im Unternehmensbereich Brief geben. Andererseits müssen Übergangsregelungen für unsere Betriebsräte vereinbart werden, die garantieren, dass die Kontinuität in Mitbestimmungsfragen gesichert bleibt und in der schwierigen Phase der Integration den Beschäftigten im Bereich „Paket Deutschland“ die Ansprechpartner, zu denen in den vergangenen Jahren Vertrauen aufgebaut wurde, nicht verloren gehen.

Die Verhandlungen werden im Februar aufgenommen. Helmut Jurke

# Fünf Jahre **bewegen**

„Neue Zeiten auch im Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik“ – so stand es zu lesen im Editorial der ersten Ausgabe der „bewegen“ vom 17. Januar 2002. Fünf Jahre „bewegen“ – das ist ein kleiner Geburtstag und Anlass, zurückzuschauen.

Mit ver.di-Gründung im Frühjahr 2001 war klar, dass es ab Januar 2002 eine neue Medienlandschaft für die Mitglieder unserer neuen Gewerkschaft geben sollte und so begannen im Sommer 2001 im Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik die Überlegungen, ob, und wenn ja, wie es eine Publikation für alle Mitglieder des Fachbereiches geben sollte. Dazu stellte der Bundesfachbereichsvorstand in einer ersten Befassung im September 2001 fest: „Es ist vom

Grundsatz her erstrebenswert, ein regelmäßig erscheinendes Mitglieder magazin für die Mitglieder des Fachbereiches 10 zusammen mit der Mitgliederzeitung von ver.di herauszugeben“.

Die konzeptionellen Arbeiten konnten nun beginnen. Über welche Inhalte soll berichtet werden? Welches Format, welche Rubriken soll es geben? Wie soll das Medium heißen? Was ist von der Personaldecke des Fachbereiches her leistbar? Welches Finanzvolumen ist angemessen? Es sollte eine Mitgliederpublikation werden, angelegt auf Kontinuität und Bestand, sie sollte ein Identifikationspunkt für die Mitglieder des Fachbereiches werden.

Ende November 2001 war es soweit. Der Bundesfachbereichsvorstand fasste den Beschluss zur Herausgabe der „be-

wegen“. Die neue Zeitschrift sollte zum Forum für die gewerkschaftliche Arbeit und das gewerkschaftliche Leben im Fachbereich werden. Im Zentrum der Berichterstattung stehen sollten die Tarifpolitik, die Betriebspolitik, Ordnungspolitik, Beamtenpolitik, Mitbestimmungspolitik und Sozialpolitik. Außerdem Branchenentwicklungen, Arbeit- und Lebenswelten unserer Mitglieder, das gewerkschaftliche Leben vor Ort, in den Betriebsgruppen.

„Neue Zeiten“ im Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik – die gibt es jetzt schon seit fünf Jahren!



**Interviewfrage** | *Die bewegen begleitet das politische Leben des Fachbereiches nunmehr fünf Jahre. In dieser Zeit hat sich vieles getan, vieles hat sich verändert. Was war dir rückblickend wichtig? Was war das Herausragende, Prägende?*



**Dirk Marx,**  
Vorsitzender des Bundesfachbereichsvorstandes

Das Wichtigste ist die Tatsache, dass es die bewegen überhaupt gibt! Also herzlichen Glückwunsch zum 5-Jährigen. Die bewegen hat es geschafft, unseren Mitgliedern die Politik des Bundesfachbereiches in verständlicher Umgangssprache nahezubringen. Die Inhalte der bewegen sind aktuell, interessant und präzise. Kurzum: gewerkschaftlicher Journalismus im besten Sinne. Die bewegen hat Brücken gebaut für den Verständnisswandel aus den Altorganisationen hin zu ver.di. Und das in der gesamten Bandbreite von der Jugend über aktiv Beschäftigte hin zu unseren Senioren. Informationsquelle und Ideenforum zugleich, national und international, das ist es, was die bewegen für unsere Mitglieder unentbehrlich macht. Für die nächsten fünf Jahre wünsche ich mir weiter-

hin eine Kommunikation à la bewegen. Ohne sie ist gewerkschaftlicher Erfolg für mich nicht denkbar.



**Sabine Schielmann,**  
Vorsitzende des Bundesfachgruppenvorstandes Postdienste

Die Bundesfachgruppe Postdienste hat sich in den letzten fünf Jahren immer auf die Erwartungen ihrer Mitglieder konzentriert. Wenn wir die Entwicklung der DP AG betrachten, das Ausrichten ausschließlich auf Aktionärsinteressen, so möchte ich das, was ver.di für die Beschäftigten durchsetzen konnte, als herausragend bezeichnen: Die Sicherung der Arbeitsplätze, die Regelungen für unsere Beamten und das keine Eingriffe in den Geldbeutel zugelassen wurden. Es war nicht immer einfach, jedem Mitglied den Wert der Verhandlungsergebnisse zu vermitteln. bewegen hat versucht, sie mit Blick auf das schwieriger werdende politische und wirtschaftliche Umfeld verständlich zu machen. Mir ist es wichtig, die ehrenamtliche Arbeit in den Gremien und die vierte Ebene zu erhalten. Jedes Mitglied in Entscheidungen einzubeziehen, über Unternehmensentwicklung auf dem Laufenden zu halten, das stärkt

Solidarität, gemeinsames Handeln und das Selbstverständnis, Mitglied einer starken Gewerkschaft zu sein.



**Isolde Kerker-Godec,**  
Vorsitzende des Bundesfachgruppenvorstandes Kurier-, Express- und Paketdienste

Es war spannend, nach anfänglichen Berührungängsten zu sehen, wie sich aus den unterschiedlichsten Kulturen der Gründungsgewerkschaften von ver.di ein starker durchsetzungsfähiger Fachbereich entwickelt hat. Dadurch wurden beispielsweise viele erfolgreiche Tarifverträge zur Absicherung der Beschäftigten in den verschiedenen Betrieben verlängert oder neu abgeschlossen. Wichtig für mich war, dass ich als Bundesfachgruppenvorsitzende am Erfolg teilhaben und mitarbeiten durfte.



**Günter Maaß,**  
Vorsitzender des Bundesfachgruppenvorstandes Speditionen und Logistik

Die Begleitung der Mitgliederzeitung bewegen zur Arbeitszeit der Berufskraftfahrer finde ich aktuell wich-

tig. Die Berichte aus den anderen Fachgruppen sind ebenso nötig, um den Überblick zu erhalten, was dort stattfindet. Hierbei soll auch Kritik an Tarifabschlüssen geübt werden, die unter dem von uns geforderten Mindestlohn rangieren. Das Motto „Arm trotz Arbeit“ trifft besonders für meine Fahrerkollegen aus den neuen Bundesländern zu, die mitunter 300 Stunden im Monat für 1400 Euro Brutto arbeiten. Das Allerwichtigste ist, dass die bewegen in Bewegung bleibt und unser Sprachorgan für die Mitglieder im Fachbereich.



**Susanne Jakob,**  
Zustellerin,  
Zustellstützpunkt  
Delmenhorst

Rückblickend war für mich die Abschaffung der Rahmendienstpläne sehr wichtig. Die immer stärkere Arbeitsbelastung und anfallende Überstunden können nun dank der Ist-Zeit-Erfassung offengelegt werden. Das war ein großer Erfolg von ver.di und damit auch für uns Zusteller. Leider ist Überstundenabbau durch Stellenabbau immer seltener möglich. Und trotzdem soll die Wochenarbeitszeit für Beamte auf 41 Stunden erhöht werden! Dank ver.di liegt dieses Thema erst einmal auf dem Verhandlungstisch.



**Lydia Taubert,**  
Gesamt-Jugend-  
und Auszubildenden-  
vertretung, Vorsitzende  
der JAV Niederlassung  
Brief Leipzig

Wichtig ist, dass in der bewegen Jugendthemen angesprochen werden. So die Aktionen der Jugendlichen, die nach der Lehre in ihrer Firma um einen Arbeitsplatz kämpfen. Nicht zu vergessen die Berichte über die Tarifpolitik, vor allem verständliche Darlegung der verhandelten Verträge. Prägend finde ich die Vielfalt des Fachbereiches. Die Informationen zu anderen Fachgruppen zeigen, es gibt übergreifende Probleme. Das ist den Redakteuren der bewegen sehr gut gelungen. Ich wünsche mir noch mehr Fallbeispiele, die zeigen, wie die neuen Briefdienste arbeiten und was schon erreicht wurde.



**Winfried Barnickel,**  
Vorsitzender Betriebs-  
gruppe Senioren Nürn-  
berg

Nur ein gutes Team kann in bewegen gute Arbeit leisten, dies betrifft auch die Senioren-Arbeit in ver.di. Die Beilage bewegen ist wichtig, weil sie die einzige Informationsquelle ist, in der die Senioren noch erfahren, was bei der Post, den Speditionen und der Logistik geschieht. Sie sind interessiert, mit welchen Problemen die Betriebsräte und Beschäftigten konfrontiert werden. Die Veranstaltungshinweise der einzelnen Betriebsgruppen in bewegen schätze ich besonders. Sie geben Anregungen für weitere Veranstaltungen.



**Willi Brandt,**  
Vorsitzender des Betriebs-  
rates Postbank Filial-  
vertrieb AG, Regional-  
bereich Südwest, Betrieb  
Frankfurt

In den letzten Jahren folgte im Filialbereich in kurzer Zeit eine Neuorganisation der nächsten. Das stellte uns Betriebsräte und ver.di immer wieder vor Bewährungsproben zum Erhalt der Arbeitsplätze. Mit der Überleitung der 1172 Filialen zur DP AG wurde erreicht, dass für alle Beschäftigten die Tarifverträge der DP AG uneingeschränkt gelten. Betriebsbedingte Beendigungskündigungen konnten bei der Postbank Filialvertriebs AG bis Ende 2008 ausgeschlossen werden. Das ist angesichts der heutigen Bedingungen ein großer Erfolg. Geprägt hat mich vor allem die Zusammenarbeit als Betriebsrat mit ver.di, um den Veränderungsprozessen in der Arbeitswelt standzuhalten.



**Andreas Peter,**  
Vorsitzender des Betriebs-  
rates Customer-Service-  
Center GmbH der Deut-  
schen Post AG

Trotz Widerstand gelang es uns, ver.di in unserem Betrieb zu etablieren und unsere Vorstellungen von Interessenvertretung durchzusetzen, das heißt: pro Betrieb ein Betriebsrat. Mit der Gründung einer Betriebsgruppe gelang

es uns, einen „weißen Fleck“ zu beseitigen. Es gelang auch, viele Kollegen davon zu überzeugen ver.di-Mitglied zu werden. Wir haben jetzt einen Organisationsgrad von über 70 Prozent erreicht. Unser Motto für die nächsten Jahre lautet „Tue Gutes und rede darüber“, damit wir weiter viel bewegen.



**René Völkner,**  
Vorsitzender des Betriebs-  
rates Jurex Berlin GmbH

Ich kenne die bewegen erst seit einem guten halben Jahr. Denn so lange gibt es nun den Betriebsrat bei der Jurex Berlin. Ich fände es gut, wenn mehr über die „kleinen“ Postdienste in bewegen berichtet würde, zum Beispiel dass bei Jurex die Löhne weit unter denen der DP AG, von TNT oder der PIN Group liegen. Wichtig finde ich die Mindestlohndebatte, die sollte weiter ausgebaut und alle Kräfte dafür mobilisiert werden. Jedenfalls ist die „kleine“ Zeitung sehr informativ, man erfährt auch Dinge, die bundesweit gelaufen sind.



**Jan Jurzyk,**  
Pressesprecher, ver.di-  
Bundesverwaltung

**bewegen** | Du hast die bewegen bis Ende 2004 als Redakteur mit geformt. Was war dir rückblickend wichtig?

Mir war es wichtig, dass sich unsere Kollegen samt ihrer Lebens- und Arbeitswelt in der bewegen wiederfinden: Mit ihren Problemen, den Lösungen und unseren Hilfsangeboten. Viel Spaß hat die Arbeit dann gemacht, wenn wir über unsere Erfolge berichten konnten.

**bewegen** | Als Pressesprecher hast du die Arbeit unseres Fachbereiches und die bewegen weiter im Blick. Was gibst du uns mit auf den Weg?

Die bewegen als Fachbereichsmagazin ist unverzichtbarer Bestandteil der Medienarbeit von ver.di. Hier finden sich Kollegen aus sehr unterschiedlichen Fachgruppen mit all ihren Anliegen wieder. Das sollte auch so bleiben. Toll wäre es, wenn wir eines Tages bewegen monatlich veröffentlichen und viele neue Mitglieder informieren könnten. *sis/gsa*

## TERMINEN

**ASCHAFFENBURG:** BeG Senioren, Post-Telekom-Logistik, Jahreshauptversammlung, 14. März, 15 Uhr, Schloss Johannisburg, Weinstuben.

**BERLIN:** BeG Senioren Reinickendorf/Wedding FB 9, 10, Jahreshauptversammlung, 7. März, 15 Uhr, Sportcasino Wackerplatz, Wackerweg 26; Tagesfahrt nach Zingst und Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft, 25. April, Preis 45 Euro, Anmeldung bis 7. März unter 030/4 12 67 81 oder 49 87 58 75.

BeG Senioren Pankow/Weißensee/Prenzlauer Berg, Sprechstunde, 3. Dienstag im Monat (außer Juli, August), 10 – 12 Uhr, Volkssolidarität Pankow, Wolfshagener Straße 74.

**BICKELHEIM:** Sprechstunde mit der Polizei, 1. Dienstag im Monat, 19 – 22 Uhr, Autohof Gau Bickelheim.

**BOCHUM:** BeG Senioren NL Brief, Sprechstunde, 1. Freitag im Monat, 10.30 – 12 Uhr, Postamt, Eingang Wiltener Straße, Raum 315, 1. Etage.

**BOTTROP:** BeG Senioren FB 9, 10, Stammtisch, 1. Montag im Monat, 17.30 Uhr, Gaststätte Hürter, Gladbecker Straße 19 a.

**BRAUNSCHWEIG:** OV Senioren FB 9, 10, Sprechstunde, jeden Donnerstag 9 – 11 Uhr; Seniorentreffen, 2. Montag im Monat, 15 Uhr; Treffen jüngerer Senioren, letzter Dienstag im Monat, 15 Uhr, Viewegstraße 30, Telefon 05 31/7 55 69, DPG-Braunschweig@t-online.de.

**BREMEN:** OV Senioren FB 9, 10, Treffen, 1. Dienstag im Monat, 16 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofplatz.

**CASTROP-RAUXEL:** BeG Postsenioren, Stammtisch, jeden Dienstag, 10.30 Uhr, Gaststätte „Zum Bus“, Im Ort 11.

**DORTMUND-LÜNEN:** BeG Senioren FB 10, Sprechstunde, letzter Dienstag im Monat, 10 – 12 Uhr, ver.di-Haus, Königswall 36.

**DUISBURG:** BeG Senioren, FB 10, Reise nach Leiwen, 23. – 27. April, Kostenbeitrag DZ, VP, 250 Euro, Anmeldung beim BeG-Vorstand.

**DÜSSELDORF:** BeG Senioren, FB 10, Stammtisch, 2. Dienstag im Monat, 14 Uhr, „Goldener Kessel“, Schumacher Altstadt, Bolker Straße 44.

**ESCHWEGE:** BeG Senioren, Informationsveranstaltung, 8. März, 14 Uhr, Gaststätte Rost, Eschwege-Niddawitzhausen.

**ESSEN:** BeG Senioren, Stammtisch, 2. Mittwoch im Monat, 10.30 Uhr, Gaststätte Schröder, Schäferstraße 17, nahe Hauptbahnhof Essen.

**FRANKFURT:** BeG Hessen, Mitgliederversammlung, 5. März, 10 Uhr, Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77, Willi-Richter-Saal.

**GIESSEN:** OV Sped/KEP/Log Mittelhessen, Stammtisch, 1. Samstag im Monat, 11 – 13 Uhr, Gaststätte „Justus im Hessischen Hof“, Frankfurter Straße 7, Nähe „Elefantenklo“.

**GÖPPINGEN:** BeG Senioren, Jahreshauptversammlung, 1. März, 14 Uhr; Stammtisch, 5. April, 14 Uhr, Vereinsheim „Gartenfreunde“, Paul-Köpff-Weg 65; historischer Spaziergang durch Süßen, 15. März, 14 Uhr, Fahrgemeinschaft, Parkplatz am Marienplatz, 13.45 Uhr, GP-H-Staufenhalle, TVA-Platz.

**GÜTERSLOH:** BeG Senioren, Info-Treff jeden Donnerstag, 10 – 12 Uhr, ehemaliges Postamt, Kaiserstraße, Kantine.

**HAGEN:** BeG Senioren, FB 10, Jahreshauptversammlung, 28. März, 15 Uhr, AWO-Altentagesstätte, Altenhagen, Frauenhoferstraße 18.

**IDAR-OBERSTEIN:** BeG Senioren FB 9, 10, Sprechstunde, Hilfe bei Steuererklärung, 1. Montag im Monat, 14 – 16 Uhr, DGB-Haus, Wilhelmstraße 25, Voranmeldung bei Alfred Weis, Telefon 0 67 85/1 74 44 oder 01 71/2 63 41 53.

**KASSEL:** BeG Senioren FB 9, 10, Jahreshauptversammlung, Referat über Erbrecht, 21. März, 14 Uhr, Eppo's La Cantina, Eugen-Richter-Straße 11.

**KIRCHHEIM:** BeG Senioren, Stammtisch, 3. Mittwoch im Monat, 15 Uhr, Gaststätte Hasenstall, Kleintierzuchtverein, Siechenwiesen 1 – 9.

**LÜDENSCHIED:** OV Lenne/Volme FB 10, Sprechstunde, 1. Freitag im Monat, 15 – 17 Uhr, Frachtbüro-Innendienst des Postamtes, Telefon 0 23 51/17 83 53.

**MANNHEIM:** BeG Senioren FB 10, Fasching, 12. Februar; Monatstreff, 5. März, 2. April, 7. Mai, Clubhaus ESC Blau-Weiß Mannheim.

**MAYEN:** Sprechstunde für alle DGB-Mitglieder, jeden Montag, 16 – 18 Uhr, Gebäude der DAA, Hahnengasse 4, jeden Mittwoch, 9.30 – 11.30 Uhr, Gebäude Bahnhof Mayen Ost.

**METTMANN/RATINGEN:** BeG Senioren FB 10, Sprechstunde, jeden Dienstag, 9.30 – 11.30 Uhr, Poststraße 24 – 26, Zimmer 210, Ratingen.

**MÜNCHEN:** BeG Senioren, Versammlung, 22. Mai, 14 Uhr, DGB Haus, Großer Saal; Ausflug, 12. Juni, 8 Uhr.

**NEUMÜNSTER:** Betriebsgruppe BF Kiel und Elmshorn, Mitgliederversammlung, 19. März, 17.30 Uhr, Holstenhallen, Justus von Liebig Straße 2 – 4.

**NEUSS:** BeG Senioren, FB 10, Gesprächsrunde, 15. März, 15 Uhr Haus Noah, Berghäuschensweg 28 a, Bushaltestelle Meertal, Linien: 841, 854, 874.

**NEUWIED:** BeG Senioren, Mitgliederversammlung, 27. Februar, 14 Uhr, Gaststätte „Altes Brauhaus zur Nette“, Augustastraße 41.

**NÜRNBERG:** BeG Senioren 1, 9, 10, Jahreshauptversammlung, 1. März; Seminar Schney, 16. – 20. April, Abfahrt: 8.30 Uhr, Langwasser Süd; Maifahrt, 24. Mai, Abfahrt Langwasser Süd, 10 Uhr; Versammlung, 1. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Gaststätte „Zur Waldschänke“, Frankenstraße 199.

**ORTENAU:** BeG Senioren Post/Telekom, Sprechstunde, jeden Mittwoch 10 – 12 Uhr unter 07 81/91 71 14.

**RHEINBÖLLEN:** BeG Postbank Filialvertrieb Rheinhessen-Trier-Koblenz, Mitgliederversammlung, 24. Februar, 16 Uhr, Hotel Landhaus Rheinböllen, Am Bahnhof 1 – 3.

**REUTLINGEN:** BeG Senioren, Stammtisch, 2. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr.

**ULM:** BeG VE Post und Telekom, Monatstreff, 1. März, 5. April, 3. Mai und Anmeldung zum Jahresausflug, 14.30 Uhr, Gaststätte „Krone“, in Söflingen; Jahresausflug nach Heidelberg, 21. Juni.

**WORMS:** BeG Postsenioren, Stammtisch, 1. Mittwoch im Monat, 15 – 17 Uhr; Sprechstunde ab 14.30 Uhr, „Alte Schule“, Neuhausen.

**WÜRZBURG:** BeG Senioren FB 9, 10, Fahrt nach Schönfeld, 14. Februar, 13 Uhr, 8 Euro; Jahreshauptversammlung, 1. März, 14.30 Uhr, „Vierjahreszeiten“; Fahrt nach Retzbach mit der DB, 21. März; Fahrt nach Hassfurt, 18. April, 8.45 Uhr, Busabfahrt jeweils Bismarckstraße; Seniorenwandergruppe, jeden Mittwoch, Infos unter Telefon 09 31/7 69 19.

**WUPPERTAL:** BeG Senioren, FB 10, Jahreshauptversammlung, 17. April, 10 Uhr, Fußballverband Nordrhein, Friedrich-Engels-Allee 127.

**ZWICKAU:** BeG Senioren, FB 10, Wanderung, 25. April, 14 Uhr am Schwabenbrunnen, Anmeldung bis 16. April.